

Nr. XIX. GP-NR
1473 /J
1995-06-23

ANFRAGE

der Abgeordneten Schuster und Kollegen
an den Bundesminister für Arbeit und Soziales
betreffend Kostenanstieg im Heilmittelbereich

Bei der Beantwortung der schriftlichen parlamentarischen Anfrage (4510 AB) vom 1. Juni 1993 weist der Sozialminister auf den steigenden Mehraufwand für die Krankenversicherungsträger aufgrund der steigenden Anzahl verordneter Arzneimittel hin. Zudem stellen die nicht verbrauchten Medikamente ein wachsendes Umweltproblem dar. Der Sozialminister betont in diesem Zusammenhang die Notwendigkeit, Maßnahmen zu ergreifen, welche die Abgabe von Heilmitteln dämpfen, ohne dabei die medizinische Versorgung der Bevölkerung zu gefährden.

Die unterfertigten Abgeordneten richten daher an den Bundesminister für Arbeit und Soziales folgende

Anfrage:

- 1) Welche konkreten Maßnahmen wurden in der Zwischenzeit (seit Juni 1993) ergriffen, um die Kosten der verordneten Heilmittel zu senken?
- 2) Sind in Zukunft kostendämpfende Maßnahmen geplant? Wenn ja, welche?
- 3) Welche Maßnahmen wurden getroffen, um die Anzahl der verordneten Arzneimittelpackungen einzudämmen?
- 4) Wurden Maßnahmen ergriffen, um die pharmazeutischen Unternehmen dazu zu bringen, Arzneimittelspezialitäten in therapiegerechten Packungsgrößen auf den Markt zu bringen?
- 5) Was haben Sie unternommen, um das Kostenbewußtsein für Arzneimittel bei Ärzten und Patienten zu fördern?
- 6) Wurden Anreize geschaffen, die geringere Packungsinhalte für Patienten und Verschreiber attraktiver machen?
- 7) Was wurde zur Vermeidung bzw. Einschränkung von nicht "notwendigen" Arzneimitteln unternommen?